**Lösungsvorschläge**

**Arbeitsblatt zu Plakat: 03 – Jugendkultur und Medien**

**Aufgabe 1**

1. In diesem Songtext wird nicht nur Gewalt (gegen eine staatliche Institution) verharmlost, sondern direkt dazu aufgerufen. Es handelt sich um linksextremistische Musik.
2. Anarchie auf den Straßen, Gesetze würden nicht mehr von allen befolgt werden, keine Hilfe bei Gewalt gegen Personen, Plünderungen, Gründung von Straßenwächtern und Privatmilizen. Bürgerinnen und Bürger können zur Sicherheit aller Mitbürger beitragen, indem sie – soweit zumutbar – helfen und sofort die Polizei alarmieren. Nicht wegschauen, sondern sich einsetzen.

**Aufgabe 2**

1. Vermummung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigungen von Gebäuden und Autos, Gewalt gegen Vertreter des Systems (Polizisten werden nicht als Individuen wahrgenommen).
2. Der G20-Gipfel ist ein Treffen der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Autonome aus dem schwarzen Block nutzen Themen, die die Gesellschaft bewegen, um für ihre Sache zu kämpfen. Sie erscheinen auf diesen Demonstrationen und hoffen auf Sympathisanten und Legitimität.

((So auch Rechtsextreme))

Linksextremisten bedienen sich Themen, die die Gesellschaft berühren, um Sympathisanten zu gewinnen. Menschen neigen dadurch teilweise dazu Linksextremismus zu tolerieren und vielleicht sogar damit zu sympathisieren. Sie merken nicht, dass sie instrumentalisiert werden, da es den Linksextremisten um die Durchsetzung ihrer Staatsordnung geht.

**Aufgabe 3**

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern (…). Eine Zensur findet nicht statt“ (Art. 5 Abs. 1 GG). Jedoch dürfen dabei nicht „… die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz …“ verstoßen werden (Art. 2 Abs 1 GG), denn „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art. 1 Abs. 1 GG).

Somit gleicht ein Verbot nicht einem Eingriff in die Meinungsfreiheit, es handelt sich nicht um einen diktatorischen Staatsakt.

**Aufgabe 4**

Nazi-Outings können zu Selbstjustiz führen und werden oft von Linksextremisten durchgeführt. Dieses Outings können Straftaten beinhalten und zu Straftaten führen.

Ist man der Meinung, dass jemand ein Nazi ist und sich eines Verbrechens schuldig gemacht hat, dann meldet man dies bei der Polizei, diese prüfen den Fall. Es kommt zum Verfahren und ein Richter entscheidet zum Schluss, ob die Person schuldig ist oder nicht und verhängt entsprechende Sanktionen/Strafen. Das ist der Vorteil unseres Rechtsstaates. Jeder hat die Chance sich zu verteidigen. Es werden keine Strafen ohne Prozess und ohne Beweise verhängt.

Selbstjustiz und Verstoß gegen den Datenschutz sind illegal. Das Gleiche gilt für die indirekte Aufforderung zur Gewaltanwendung. Oft kann man nicht mit Sicherheit feststellen, dass jemand wirklich ein Nazi ist. Stattdessen gibt es legale Partizipationsmöglichkeiten in unserem Rechtsstaat, wie: friedliche Gegenveranstaltungen, Informationsveranstaltungen.

Äußert jemand in deinem Freundeskreis rechtsextreme oder andere extremistische Gedanken, kannst du auch selber das Gespräch mit ihm/ihr suchen sowie Informations- und Hilfestellen kontaktieren, wie zum Beispiel die Extremismusprävention der Polizeipräsidien oder das HKE (Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus).

**Aufgabe 5**

An diesem Beispiel wird das Dilemma des Linksextremismus verdeutlicht. Vermeintlich „richtige“ Ziele, mit denen sich viele Menschen aus der Gesellschaft identifizieren, werden nicht demokratisch umgesetzt, sondern mit Gewalt. Daher lösen die verwendeten Mittel die zu erreichenden Ziele ab. Che Guevara hat viele Menschenrechte und die Volkssouveränität verletzt.